

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 454

Mittwoch, 17. Februar 2010

16. Jahrgang

## 30 Jahre Massaker in der Spanischen Botschaft

In diesen Tagen erinnern sich viele AktivistInnen aus den sozialen Bewegungen Guatemalas an den Brand der Spanischen Botschaft vor 30 Jahren, bei dem 38 Menschen qualvoll starben. Auch im ¡Fijáte! wollen wir einmal mehr das Thema aufgreifen und an die Aktion der BäuerInnen und Studierenden und die mörderische Reaktion der Sicherheitskräfte der Diktatur erinnern sowie eine Zusammenfassung der juristischen Aufarbeitung machen.

Zunächst ein Blick zurück ins Jahr 1980. Seit vielen Jahren herrschten in Guatemala Militärdiktaturen. Die Guerilla kämpfte mit militärischen Aktionen gegen die Ungerechtigkeiten im Land, während sich soziale Bewegungen wie das *Komitee für BäuerInneneinheit* (CUC), teils unterstützt durch Teile der Kirchen, mit gewaltfreien Mitteln gegen die Repression des Militärs und der Zivilpatrouillen (PAC) und für Landreformen und soziale und politische Rechte einsetzten. Folterungen, Entführungen, Morde und Massaker gegen die indigene Bevölkerung nahmen unter der Regierung von Romeo Lucas Garcia stetig zu. Ende Januar 1980 beschlossen daher einige LandarbeiterInnen und BäuerInnen, unterstützt von Studierenden der Universität San Carlos (USAC), bewaffnet mit Macheten (und möglicherweise Molotow-Cocktails, das ist umstritten), die Spanische Botschaft friedlich zu besetzen, um die gleichgeschalteten Medien des Landes und die Weltöffentlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala aufmerksam zu machen.

*„All die Ungerechtigkeit, all die Bosheit und all die Feigheit der nationalen Armee sind der Grund, warum wir in die Hauptstadt gekommen sind (...). Die Zeitungen und Radios wollten nichts veröffentlichen, weil auch deren MitarbeiterInnen von der Regierung Morddrohungen erhalten haben (...). Uns bleibt keine Alternative, als in der Spanischen Botschaft zu bleiben, um unsere Anklage dem ganzen Volk Guatemalas und allen Völkern der Welt bekannt zu machen (...).“*, so die schriftliche Erklärung der BesetzerInnen.

Der damalige spanische Botschafter Máximo Cajal hatte gerade eine Unterredung mit dem Aussenminister Adolfo Molina Orantes, dem Vizepräsidenten Eduardo Cáceres Lenhoff und dem Juristen Mario Aguirre Godoy. Er bat die eindringenden AktivistInnen, die Aktion abubrechen, da er nicht für deren Sicherheit garantieren könne.

Gleichzeitig forderte er den Präsidenten Lucas Garcia und seinen Innenminister Donaldo Alvarez auf, die Botschaft als Hoheitsgebiet Spaniens zu respektieren und von Gewalt abzusehen. Drei Stunden lang versuchte er die Verantwortlichen zu kontaktieren, auch die BesetzerInnen wollten verhandeln. Aber die Regierung blieb stur. „Holt sie da heraus, egal wie“, lautete laut ZeugInnenaussagen der drastische Befehl des damaligen Präsidenten Lucas García an den Innenminister Álvarez Ruiz, der den Polizeichef Valiente Tellez entsprechend instruierte. Die Polizei drang mit Beilen und Spitzhacken in das Gebäude ein. Ab 13 Uhr waren die Telefonleitungen der Botschaft abgeschnitten, um 15 Uhr stand das Büro des Botschafters, in dem alle Besetzenden Zuflucht gesucht hatten, in Flammen. Auf der Strasse, wo AugenzeugInnen schrien, „sie verbrennen am lebendigen Leib“, blieb die Polizei untätig. Die Feuerwehr griff erst nach zehn Minuten ein und nach drei Minuten war alles vorbei. Odette Arzú, Zuständige vom Roten Kreuz, der der Eintritt ins Gebäude verwehrt wurde, berichtete, dass einer der Polizeikommissare schrie „es darf keiner, kein Zeuge übrig bleiben“. Drei Menschen überlebten den Brand. Der Anwalt Mario Godoy hatte die Botschaft kurz vor dem Brand verlassen, Botschafter Máximo Cajal entkam mit geringen Verletzungen durch die in Flammen stehende Tür während der Landarbeiter Gregorio Yujá unter den anderen aufgestapelten Leichen lag und dadurch vor den Flammen geschützt wurde. Er wurde gemeinsam mit Cajal in ein Krankenhaus gebracht, doch kurz darauf von Bewaffneten entführt. Seine Leiche wurde wenige Tage später mit Zeichen von Folter vor dem Rektorat der Universität San Carlos aufgefunden.

Im weiteren Verlauf wurde Jagd auf alle Angehörigen der BesetzerInnen gemacht, zu denen auch Vicente Menchú, Vater der späteren Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Túm, gehörte, ein Umstand, der für die Versuche, das Geschehen zu juristisch zu sühnen, eine Rolle spielte.

Die spanische Regierung brach die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala ab. Pro forma übernahm die Regierung 1984 die Verantwortung, worauf Spanien die Beziehungen wieder aufnahm. Besonders „gut“ waren diese unter dem konservativen Präsidenten José Aznar, der auch die Aufarbeitung der Untaten der guatemaltekischen Regierung selten anmahnte. Ganz anders die spanische Justiz: Am 27. März 2000 entschied der spanische Richter Guillermo Ruiz Polanco, dass das spanische Nationalgericht die Kompetenz hat, auf die von der guatemaltekischen Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eingereichten Klagen gegen acht guatemaltekische Generäle, unter ihnen Lucas García, Ríos Montt und Mejía Victores, einzugehen. Eigentlich, so Polanco, sei zwar Guatemala für die Überprüfung der vielen Indizien für einen Völkermord an der indigenen Bevölkerung Anfang der 80er Jahre zuständig, da die lokale Justiz aber nichts dergleichen unternahme, müsse sie sich nicht beschweren, wenn Spanien dies tue, zumal mit dem Niederbrennen der Spanischen Botschaft spanische Interessen berührt seien.

Daraufhin wurden zunächst mehrere rechtliche Einsprüche von Seiten der Verdächtigen angestrengt, die jedoch allesamt von spanischen Gerichten niedergeschlagen wurden. Einige waren jedoch insofern erfolgreich, als der Oberste Gerichtshof Spaniens 2003 entschied, dass nur Fälle mit Bezug zu Spanien untersucht werden dürften, also wenn entweder spanisches Territorium (Botschaftsgelände) oder spanische StaatsbürgerInnen von Menschenrechtsverletzungen betroffen seien.

Am 10. Dezember 2004 (Tag der Menschenrechte) erliess die spanische Justiz einen Haftbefehl gegen Donaldo Álvarez Ruiz, Innenminister unter verschiedenen Militärmachthabern und bekannt als besonders fanatischer Antikommunist und Folterer. Dessen Aufenthaltsort war jedoch unklar. Es gab Gerüchte, er sei in Panama, andererseits soll er in Mexiko gelebt und dort ein Unternehmen geführt haben. Dort wurde er auch 2006 aufgespürt, aber die mexikanischen Behörden ermöglichten ihm die Flucht, so dass sein Aufenthaltsort weiterhin unbekannt ist.

Im September 2005 entschied das spanische Verfassungsgericht auf Grundlage des Völkerrechts, dass Spanien bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid oder Völkermord auch Fälle untersuchen darf, bei denen Nicht-SpanierInnen betroffen seien.

2006 übernahm der Richter des Spanischen Gerichtshofs Santiago Pedraz die Untersuchung und flog nach Guatemala, um die dort unbehelligt lebenden beschuldigten Ex-Präsidenten und Regierungsangehörigen zu befragen. Diese verweigerten jedoch die Aussage, da sie sich durch den spanischen Staatsanwalt in ihren Verfassungsrechten beschnitten fühlten. Dennoch konnte Pedraz einige Indizien zusammentragen, die seine Untersuchung derart voranbrachten, dass er im Juli desselben Jahres Haftbefehle gegen sieben Beschuldigte erliess, von denen einige, nämlich Donaldo Álvarez Ruiz, (Ex-Innenminister), German Chupina Barahona (Ex-Polizeidirektor) und Pedro García Arredondo (Chef einer Polizeibrigade), als die Drahtzieher der Ereignisse in der Spanischen Botschaft galten. Der damalige Präsident Lucas Garcia verstarb im Mai 2006, Chupina Barahona im Februar 2008 .

Die Hoffnung auf Gerechtigkeit stieg – und auch die auf eine Entschädigung der Angehörigen der Opfer. Die damalige Leiterin des *Nationalen Entschädigungsprogramms* (PNR) und Gründerin der Witwenorganisation CONAVIGUA, Rosalina Tuyuc, hatte Anfang 2007 angekündigt, in Kürze den Familien der 37 Opfer des Botschaftsmassakers eine Entschädigungssumme von je rund US-\$ 3'000 auszuzahlen. Ob das aber unter ihr oder ihrem Nachfolger je geschehen ist, bleibt unklar.

Im März 2007 akzeptierten guatemaltekische Gerichte die Ersuche von Pedraz und im Oktober 2007 auch das guatemaltekische Verfassungsgericht. Die Auslieferung der Beschuldigten nach Spanien schien nah zu sein. Aber dann zerschlug eine neue veränderte Entscheidung des guatemaltekischen Verfassungsgerichts diese Hoffnung.

Es erklärte sowohl die Haftbefehle wie die Auslieferungsanträge für ungültig. Allerdings galt das nur für Guatemala.

Für andere Länder galten die Haftbefehle sehr wohl.

Daraufhin nahm Pedraz – angesichts der "Verweigerung der Kollaboration von Seiten der guatemaltekischen Autoritäten" – Abstand davon, seine Ermittlungen in Guatemala fortzusetzen. Dagegen bat er nun die internationale Gemeinschaft um Unterstützung im Untersuchungsprozess wegen Völkermordes gegen sieben ehemalige Militärs und zwei zivile Funktionäre.

Bis Februar 2009 hat Pedraz mehrfach ZeugInnen des Geschehens in der Botschaft wie auch diverser Massaker nach Madrid eingeladen. Zuletzt bezeugte der deutsche Völkerrechtler Christian Tomuschat, der die guatemaltekische Wahrheitskommission (CEH) leitete, dass Guatemala sich nicht an der Aufarbeitung der Ereignisse beteiligt habe, und die Leiterin des US-Sicherheitsarchivs Katharine Doyle belegte, dass die US-Sicherheits- und Geheimdienstorgane in den 80er Jahren über die brutalen Militäroptionen und Massenmorden an der indigenen Bevölkerung Bescheid wusste.

Fazit: Auch weiterhin ist kein Beschuldigter zu Rechenschaft gezogen worden.

So zeigen sich zum 30. Jahrestag des Brandes in der Spanischen Botschaft Angehörige der Opfer wie der CUC-Aktivist Rafael González Yos in einer Stimmungslage zwischen frustriert und kämpferisch. González hofft auf den Einfluss von CICIG, um die guatemaltekische Justiz dazu zu bewegen, das Geschehen endlich juristisch aufzuarbeiten.

Und der Menschenrechtsaktivist und Kolumnist Miguel Ángel Albizures beklagte in einem Internet-Blog am 27. Januar, dass die jungen Menschen heutzutage nichts über das Geschehen wüssten.

*„Man muss es ihnen erzählen, weil wir die Betroffenen nicht vergessen dürfen, nicht vergessen wollen. Weil ein Volk, das seine Geschichte vergisst, nicht in der Lage ist, seine Zukunft aufzubauen. Jede Zukunft wird nur besser, wenn die Fehler und die kriminellen Taten der Vergangenheit berücksichtigt werden, damit sie nicht wieder geschehen.*

*Am kommenden Sonntag, dem 31. Januar, jährt sich zum 30. Mal das Massaker in der Spanischen Botschaft. Hat man in der Staatsanwaltschaft vergessen, die Untersuchungen fortzusetzen? Werden die Akten nach dem Tod von Lucas Garcia, Valiente Tellez und German Chupina in den Archiven versauern? Werden auch in den nächsten Jahren Donaldo Alvarez und Pedro Garcia Arredondo und andere nicht vor Gericht gebracht? Man muss die Untersuchungen weiterführen gegen die Korrupten von früher und von heute.“*

## **Klandestine Strukturen: Systematischer Waffenklau in der Armee**

**Guatemala, 2. Feb.** Der guatemaltekeische Präsident Alvaro Colom musste zerknirscht die Tatsache akzeptieren, dass die Internationale Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) drei Fälle von Waffenklau bei der Armee untersucht. Er argumentierte, dass die meisten dieser Vorfälle unter der Regierung seines Vorgängers Oscar Berger stattfanden. Zwei jedoch fanden während seiner Amtszeit statt.

Der jetzigen Regierung war offenbar nicht bekannt, wie schwach die Sicherheitsvorkehrungen an den Orten waren, an denen sich die Waffen befanden. Oder dass jene, die diese Waffen bewachten, korruptiert waren.

Eine erste Nachforschung wurde von einem Militärtribunal durchgeführt, das Dutzende Militärangehörige befragte, aber keine Schuldigen fand.

Die zweite Untersuchungen geschah durch die CICIG, die herausfand, dass die Diebstähle von einer kriminellen Struktur verübt wurden, der auch Personal und Offiziere der Armee angehören, die Verbindungen zum organisierten Verbrechen unterhalten. Sie ermittelten dabei gegen mehr als acht Militärangehörige, welche die Waffenarsenale bewacht hatten.

Die Untersuchung der CICIG, die neun Monate andauerte, begann kurz nach einem versuchten Drogenraub in einigen Lagerräumen in Amatitlán und dem anschliessenden Fund von Waffen am 24. April 2009. In besagten Lagerräumen wurde ein Waffenarsenal entdeckt, das 584 Granaten, ein Gewehr, acht Antipersonen-Minen, 11 Maschinengewehre Kaliber 30 und 9.487 Schuss Munition gefunden, allesamt mit den Insignien der IMG, der militäreigenen Waffenschmiede.

Ein weiterer Fall von Waffenklau fand in der grössten Militärbasis des Landes statt, der Brigada Mariscal Zavala im Norden der Hauptstadt. Zwischen Juli 2007 und Januar 2008 wurden 554 Gewehre Galil, Kaliber 5,56 mm, entwendet, welche die Brigade 2004 angeschafft hatte.

Ein anderer Fall fand in den letzten Monaten des Jahres 2009 statt im Militärinstitut Adolfo V. Hall in Chiquimula, aus dem 40 Gewehre und 45 Schusswaffen geraubt wurden. Dieser Fall wurde Ende Januar gemeldet und drei Tage später an die CICIG weitergegeben. Gemäss der Untersuchungsakte der Staatsanwaltschaft von Chiquimula fanden sich zunächst keine Hinweise darauf, dass es irgendwelche Unregelmässigkeiten gegeben habe, alles schien normal zu sein. Doch weitere Untersuchungen offenbarten eine kriminelle Struktur innerhalb und ausserhalb der militärischen Institution, die der Bewaffnung von Gruppen der organisierten Kriminalität diene, vor allem den *Zetas*, dem bewaffneten Arm des Golfkartells in Mexiko.

Die mexikanische Tageszeitung *La Jornada* berichtete allerdings bereits im September 2009, dass die *Zetas* am 20. August 2009 Raketenwerfer, Granatenwerfer, Sturmgewehre und Munition aus den Beständen der guatemaltekeischen Armee gestohlen hatten, was die mexikanischen Autoritäten in Alarmzustand versetzte.

## **Kanada verpflichtet Bergbauunternehmen zur Durchführung von Umweltstudien**

**Kanada, 29. Jan.** Der kanadische Oberste Gerichtshof ordnete an, dass Bergbauprojekte Umweltstudien vorlegen müssen, die detaillierter sind als bisher und verständliche Informationen für BürgerInnen enthalten. Dieser Beschluss bedeutet, dass Bergbauunternehmen für alle zukünftigen Projekte an besagte Richtlinien gebunden sind – wie Goldcorp, die in Guatemala unter dem Namen *Montana Exploradora S.A.* die Mine Marlin und in Honduras unter dem Namen *Entre Mares S.A.* im Valle de Siria die Mine San Martin ausbeutet, beides sehr umstrittene Projekte. Diese Richtlinien müssen in den Gemeinden vorgestellt werden, egal ob sie nun in Kanada oder in Zentralamerika angesiedelt sind.

Der Beschluss beruht auf der Auswertung des kanadischen (und in Kanada operierenden) Gold- und Kupferabbauprojektes *Red Chris*, welches die Umweltstudien nur gestückelt bekannt gab und somit das Ausmass der gesamten ökologischen Schäden vertuschte.

## **Volksabstimmungen und ILO-Abkommen 169 werden als gleichrangig anerkannt**

**Guatemala, 10. Febr.** Gemäss der Website der *Pastoralen Kommission für Frieden und Umwelt* (COPAE - <http://resistencia-mineria.org/espanol/?q=node/260>) entschied das Verfassungsgericht am 29. Dezember 2009, dass *consultas* (Volksabstimmungen) und alle weiteren Rechte, die das Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO regelt, Teil der Menschenrechte sind, die die Verfassung Guatemalas in den ersten 149 Artikeln anerkennt und in internationalen Abkommen ratifiziert hat. Dieser Beschluss wurde nach einer Klage über die Nichtanerkennung der *consulta* von San Juan Sacatepéquez bezüglich der Zementfabrik von *Cementos Progreso* verabschiedet.

Für die Bergabbau- und Wasserkraftwerkklizenzen aller Art, die vom Ministerium für Energie und Bergbau vergeben wurden, bedeutet dies nun, dass sie illegal sind, wenn vorher keine *consulta* durchgeführt wurde, da sie das verfassungsmässige Recht auf Volksabstimmung verletzen.

## **2009: Rekordjahr für Menschenrechtsverletzungen**

**Guatemala, 28. Jan.** Insgesamt wurden letztes Jahr von der *Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen* (UDEFEUGA) 343 Angriffe auf GewerkschafterInnen, JournalistInnen, BauernführerInnen und andere MenschenrechtsverteidigerInnen gezählt. Bisher galt 2006 mit seinen 227 Angriffen als kritischstes Jahr der Dekade. 2009 gab es allerdings 16 Ermordungen, und besonders Besorgnis erregend ist die Verdoppelung von Aggressionen gegen GewerkschafterInnen (120 zu 47 in 2008). Auch stieg die Gewalt gegen MenschenrechtsaktivistInnen verglichen mit 2008 um 40%, also wesentlich mehr als die allgemeine Gewalt im Land, die einen Anstieg von in etwa 9% verzeichnete.

Laut UDEFEUGA reagiert die Regierung nicht ausreichend auf die Verbrechen, was unter anderem die Gewerkschaften am deutlichsten spüren. 42 ermordete GewerkschafterInnen in nur drei Jahren ohne rechtliche Folgen macht die Verteidigung der Arbeiterrechte immer schwieriger und schränkt das Recht auf Organisationsfreiheit ein. Dieser Zustand führte dazu, dass eine Mission der *Internationalen Arbeiterorganisation* ILO im Februar letzten Jahres Guatemala besuchte und den Staat Guatemala ausdrücklich dazu aufrief, für die Sicherheit der GewerkschafterInnen zu sorgen. Allerdings sind laut verschiedenen Organisationen die Verbrechen durchaus im Sinne der Regierung, da damit die Gewerkschaftsbewegung schwach bleibt und die Interessen der ArbeiterInnen weiterhin nicht anerkannt werden.

Claudia Samayoa (UDEFEUGA) befürchtet, dass die Einschüchterungen und Aggressionen dieses Jahr weiter ansteigen werden, da im allgemeinen das Jahr, das Präsidentschaftswahlen vorangeht, das gewalttätigste einer Regierungsperiode ist.

## **Doch kein Direktor des IDPP**

**Guatemala, 10. Febr.** Nachdem wir im letzten ¡Fijáte! darüber berichteten, dass man es endlich geschafft hatte, am 26. Januar einen neuen Direktor des *Instituts der öffentlichen und strafrechtlichen Verteidigung* (IDPP) zu wählen, wurde dieser, Remberto Ruiz, gleich nach seiner Wahl stark kritisiert, vor allem weil verschiedene Prozesse gegen ihn am Laufen waren.

Am 10. Februar annullierte der Kongress mit 103 von 105 Stimmen die Wahl von Ruiz bereits wieder, nachdem das Verfassungsgericht anordnete, die Anschuldigen gegen Ruiz zu analysieren und die CICIG erklärte, das er nicht fähig sei, diese Stelle auszufüllen. Laut der CICIG wurden gegen Ruiz, als er zwischen 1995 und 1998 Richter im Department Zacapa war, 45 Disziplinarvorwürfe erhoben. In sechs davon erfolgten Bestrafungen, in anderen wurde er entlastet, und einige wurden suspendiert, da Ruiz seinen Posten verliess. Somit wurden die Anschuldigungen nicht geklärt. Des Weiteren existieren noch mehr Anzeigen gegen seine Person, unter anderem wegen sexueller Belästigung.

Neue KandidatInnen müssen nun gefunden, aufgestellt und bis zum 6. August 2010 gewählt werden.

## **Interamerikanischer Gerichtshof initiiert einen Fall von gewaltsamen Verschwindenlassen in Guatemala**

**San José, 2. Febr.** Der *Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof* (CIDH) führte am 2. Februar eine öffentliche Anhörung durch, wo eine Klage gegen den Staat Guatemala aufgrund des gewaltsamen Verschwindenlassens des indigenen Anführers Florencio Chitay Nech eingereicht wurde.

Vor 28 Jahren war Chitay Bürgermeister in San Martín de Jilotepeque und setzte sich für das Wohl der Indigenen ein. Infolge von Bedrohungen gab er seinen Posten auf und zog in die Hauptstadt. Dort wurde er im April 1981 vor den Augen seines Sohnes entführt. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört.

Nun soll der CIDH bei der Aufklärung des Falls mithelfen, da der guatemaltekische Staat bisher nichts dazu beigetragen hat. Die Familienangehörigen wollen die Wahrheit wissen, und es soll den Familien der 45.000 Verschwundenen – Fälle, in denen bislang aus Angst niemand Anzeige erstattet hat – damit Mut gemacht werden.

## **Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo**

### **Haiti oder – vielleicht – Guatemala**

Ich habe kürzlich mit einem guatemaltekischen Bauern indigener Herkunft Spanien bereist. In den öffentlichen Verkehrsmitteln (Flugzeug, Zug, Bus und Metro), in den ordentlichen und saubereren Parks und Strassen, in den Büros der staatlichen Institutionen versuchte ich das Schweigen, die Worte und die Fragen meines Gefährten zu deuten. Uns beide versetzte der brennende Kontrast zu den schmutzigen und unfreundlichen Strassen und Transportmitteln in unserem Land und zur Korruption und Ineffizienz der guatemaltekischen Beamten in Staunen und Verzweiflung. Ebenso entdeckte ich in mir Gefühle von Unterlegenheit wenn nicht gar Schuld wegen meiner Existenz eines „Unterentwickelten“. Wenn ich nicht gesehen hätte, mit welcher Natürlichkeit die Leute ihren „Luxus“ konsumieren, wäre ich versucht gewesen, ständig um Erlaubnis zu bitten, ihre Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die in unserem Land so unerreichbar sind, oder mich zu bedanken, nachdem ich sie benutzt habe. Dieses ungesunde Gefühl von Unterlegenheit ist das Resultat einer Kultur des „Habens“ im Gegensatz zu einer Kultur des „Seins“. In dieser Kultur des Habens sind wir Armen unterlegen und selber schuld daran.

Doch auch wir „Unterentwickelten“ des Südens sind Subjekte: Wir sind Gedächtnis und verkörpern ersehnte Utopien. Das Gedächtnis einer nicht quantifizierbaren, ununterbrochenen Ausbeutung seit der Conquista, welche die industrielle Revolution und die Ausbreitung des Kapitalismus im Norden erst möglich gemacht haben. Das Gedächtnis an die Europäer, die unsere Völker ihrer sozialen und politischen Rechte beraubten (welche in Europa so hoch gehalten werden) und unsere Vorfahren von den monetären Beziehungen ausschlossen und sie schamlos ausbeuteten, indem sie ein Konzept von „Rasse“ schufen; wir wurden als die unterlegene „Rasse“ stigmatisiert (Ernest Mandel). Wir sind Subjekte und verfolgen die Utopie einer neuen sozialen Ordnung, in der ein würdevolles Leben möglich ist und in der wir uns alle wie Subjekte begegnen.

Während dem Flug in der Touristenklasse wurden uns gleichzeitig mit der Mahlzeit tragische Bilder von der Katastrophe in Haiti serviert. Es waren und sind Bilder, die ein steriles Mitleid erregen mit diesen „andern“ weit entfernten Menschen. Aber diese Bilder verdecken den Subjektstatus der Menschen: Ihre Geschichte als Sklaven und Widerständische, ihre legitimen Hoffnungen auf Würde. Der Schriftsteller Frei Betto hat recht, wenn er im Zusammenhang mit der Tragödie in Haiti die Geschichte der französischen Seefahrer anfangs des 19. Jahrhunderts evoziert, die afrikanische Tiere zeichneten und sogar ausstopften, um sie in den Museen ihren Landsleuten zu zeigen: Giraffen, Elefanten, Affen, Rhinozerosse. Selbst die Leiche eines Afrikaners stopften sie aus, um sie zusammen mit seinen Lanzen und Speeren in einem Pariser Schaufenster auszustellen.

Während der Westen seinen Fortschritt der Ausbeutung dieser Völker verdankt, erscheinen in seiner offiziellen Geschichtsschreibung Neger und Indianer als exotische Völker, innerlich geleert und ausgestopft, die als traurige „typische“ Objekte ausgestellt werden, um die Neugierde befriedigter Leute zu stillen (der Tourismus als Prostitution der Kultur!) oder um Mitleid zu wecken, Gefühle, die von den manipulierten Massenmedien mit moralischen Werten assoziiert werden.

Das Volk von Haiti ist ein soziales und politisches Subjekt, entstanden aus dem Gedächtnis Zehntausender afrikanischer SklavInnen, die im 18. Jahrhundert wie Bestien transportiert und behandelt wurden; ein Gedächtnis, das auf dem Sklavenaufstand von 1791 baut, der im Fahrtwind der „neuen“ Ideen der französischen Revolution eskalierte. Schon damals unterstützte der US-amerikanische Präsident Washington finanziell die französische Kolonie in Haiti, um den Sklavenaufstand zu unterdrücken, der massgeblich vom schwarzen General Toussaint Louverture angeführt wurde. Die Unabhängigkeit Haitis im Jahr 1804 war die erste des Kontinents und ausschliesslich dem Kampf der schwarzen Sklavenbevölkerung zu verdanken.

Der US-amerikanische Präsident Jefferson sprach vom „schlechten Beispiel“ dieser Republik schwarzer Rebellen für die anderen Sklavenstaaten und erkannte Haitis Unabhängigkeit nicht an. Und der französische Aussenminister Talleyrand erklärte, dass „die Existenz eines schwarzen Volkes in Waffen (...) eine schreckliche Vorstellung für alle weissen Nationen“ sei. Alle schwiegen Komplizenhaft zu den wiederholten Terrorwellen, welche die französische Regierung in Haiti durchführte. Haiti wurde 1869 von Frankreich invadiert, von Spanien 1871, von England 1877, von den USA 1914 und 1915 bis 1943, noch einmal von den USA 1969; nicht zu vergessen die Unterstützung, welche die USA der Duvalier-Diktatur gewährte, sowie die jüngsten Staatsstriche und die politischen und wirtschaftlichen Interventionen seitens des Internationalen Währungsfonds, welche die Privatisierung des Dienstleistungssektors und den Ausschluss der Mehrheit der Bevölkerung davon zur Folge hatte (Frei Betto).

Durch das Erdbeben gelangte Haiti in die Nachrichten. „Man sieht uns nur, wenn wir vergraben sind“, las ich in einem Comic des spanischen Humoristen El Roto, auf dem der Arm eines Opfers unter Trümmern zu sehen ist.

Ebenfalls in die Nachrichten schaffen es der immense Schmerz, die auf den Strassen herumliegenden Toten, das soziale Chaos, die Gewalt unter der Bevölkerung bei der Verteilung von Hilfsgütern und – natürlich – die spektakuläre Präsenz der US-Marines.

Doch diese präparierten Nachrichten beantworten gewisse Fragen nicht: Welche sozioökonomischen und politischen Gründe führen dazu, dass dieses Desaster viel mehr als ein „natürliches“ Phänomen ist? Man weiss, dass das Erdbeben in Haiti mit einer Stärke von 7 Grad auf der Richterskala bis jetzt mehr als 212'000 Tote forderte, derweil das Erdbeben von Honshu (Japan) vor einem halben Jahr mit derselben Stärke genau einen Toten und einen Verletzten forderte.

Welche militärischen Interessen verfolgen die USA in der Region, jetzt, da sie nicht mehr ihr Hinterhof ist? Ende des 18. Jahrhunderts war Haiti mit seinem Überfluss an Kaffee und Zucker die Perle der Antillen. Dies „rechtfertigte“ den Heisshunger der Potentaten des Nordens. Ist es heute das Öl oder das Gold, welche diese blitzartige „humanitäre Invasion“ der Marines erklärt?

Welche wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vorteile erhoffen sich die USA von diesem „Schockzustand“, in dem sich die Regierung und das Volk von Haiti befinden? Wollen sie das Land zu einem „assoziierten“ Staat machen? Hat die Militarisierung der Gringos zum Ziel, zu verhindern, dass HaitianerInnen, die dem Elend entfliehen wollen, in die USA kommen?

Wir sprechen von Haiti, doch der „Schock“ eines anderen Desasters, das mit Sicherheit auch mehr als „natürlich“ ist, sollte uns dazu zwingen, zum Beispiel von Guatemala zu sprechen.

## ¡Fijáte!

[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

**Erscheint vierzehntäglich**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht**

### Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

### Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

E-Mail-Abo: Euro 50.-